



HESSISCHER LANDTAG

28. 01. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit neu aufstellen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die anhaltende, in überwiegenden Teilen illegale Migration das Land Hessen vor große wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Herausforderungen stellt. Ein Großteil der seit 2015 nach Deutschland eingewanderten Personen setzt sich aus kulturfremden Asylbewerbern und illegal eingewanderten Wirtschaftsmigranten mit niedrigem Bildungsniveau zusammen, deren Integration in den hessischen Arbeitsmarkt stark eingeschränkt ist. Diese in überwiegenden Teilen illegale Wirtschaftsmigration belastet die Sozial- und Sozialversicherungssysteme im Land Hessen erheblich. Asylbewerber und abgelehnte, vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber, wie auch Asylberechtigte und Menschen mit vorübergehendem Flüchtlingsschutz erhalten erhebliche Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wie auch dem SGB II und SGB XII. So haben bspw. 47 bzw. 74 Prozent der Bürgergeld-Empfänger in Hessen eine ausländische Staatsangehörigkeit oder einen Migrationshintergrund. Darüber hinaus hat Deutschland wie auch das Land Hessen Kosten in Milliardenhöhe für Integrationsmaßnahmen, die Durchführung der Asylverfahren, aufenthaltsrechtlichen Verfahren, Aufwendungen im Rahmen der Rückführungsmaßnahmen etc. zu tragen.
2. Der Landtag stellt fest, dass ein relevanter Teil dieser Migranten aus islamistisch, tribalistisch und gewaltaffin geprägten Herkunftsgesellschaften des arabischen und afrikanischen Raumes stammt, von denen ein erhebliches Sicherheitsrisiko ausgeht.
3. Der Landtag stellt fest, dass migrationspolitischen Herausforderungen mit einer kohärenten und alle Politikfelder umfassenden Strategie begegnet werden muss, die darauf abzielt, irreguläre Migration wirksam zu verhindern und die Ursachen von Migrationsdruck nachhaltig zu bekämpfen. Dabei ist es notwendig, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit stärker an migrationspolitische Zielsetzungen und Bedingungen zu koppeln.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Hauptherkunfts- und Transitstaaten starker Migrationsbewegungen zumeist Entwicklungsländer sind, mit denen Deutschland und teilweise auch Hessen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Kontakte pflegen.
5. Der Landtag stellt fest, dass sogenannte Pull-Faktoren für illegale Migration reduziert werden müssen. Insbesondere müssen Rücküberweisungen von Transferleistungen in Herkunftsländer von nach Deutschland eingereisten Migranten sofort unterbunden werden, was durch die unverzügliche Einführung der Bezahlkarte für alle Asylbewerber und vollziehbar Ausreisepflichtige erreicht werden kann. Laut der 2019 veröffentlichten UNDP-Studie „Scaling Fences: Voices of Irregular African Migrants to Europe“ bestand für 60 Prozent der illegal nach Europa eingereisten Afrikaner der Hauptgrund für ihre Migration darin, Geld in ihre Heimatländer zu senden.

6. Der Landtag stellt fest, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Migrationsberatungszentren in Ägypten, Ghana, Indonesien, Irak, Jordanien, Marokko, Nigeria, Pakistan und Tunesien betreibt und mit lokalen, BMZ-finanzierten Projektgesellschaften sowie Nichtregierungsorganisationen kooperiert. Obwohl diese Zentren Bürger vor Ort beraten sollen, die an einer legalen Einreise nach Deutschland interessiert sind und sie dabei mit Weiterbildung, Sprachkursen und Arbeitssuche unterstützen sollen, führen diese Zentren im Ergebnis zu einer Ausdehnung des deutschen Sozialstaats ins Ausland und begünstigen geringqualifizierte Migration in die sozialen Sicherungssysteme Deutschlands und des Landes Hessen. Auch konnten keine Fortschritte bei der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen erzielt werden, was die Länder Marokko und Tunesien deutlich belegen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, Entwicklungshilfeleistungen für Staaten sofort einzustellen, die sich weigern, Personen, zu deren Rückübernahme sie völkerrechtlich verpflichtet sind, in ihr Staatsgebiet wieder einreisen zu lassen oder die dafür notwendigen Dokumente auszustellen. Sofern das Land Hessen in irgendeiner Form Entwicklungshilfe für einen solchen Staat leistet, fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Entwicklungshilfeleistungen sofort einzustellen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, die Entwicklungszusammenarbeit mit kooperationswilligen Transitstaaten zu intensivieren, um diese bei der Unterbringung und Rückführung illegaler Migranten sowie bei der Sicherung und Kontrolle ihrer Grenzübergänge entlang relevanter Migrationsrouten zu unterstützen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, sämtliche Migrationsberatungszentren im Ausland umgehend zu schließen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um einen Missbrauch der Bezahlkarte zu verhindern. Deshalb ist ein Ausführungsgesetz zur Einführung der Bezahlkarte unverzüglich zu fertigen und in den Landtag einzubringen. Dabei ist ausdrücklich die Sanktionierung des Missbrauchs der Bezahlkarte gesetzlich zu regeln.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat darauf einzuwirken, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegt, der Rücküberweisungen in Länder außerhalb des EWR und der Schweiz durch Ausländer, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz in Hessen haben und staatliche Transferleistungen beziehen, mit einer Nachweispflicht im Sinne des Geldwäschegesetzes für Überweisungen über 5.000 Euro versehen werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. Januar 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe